

# Trotha intim

Im Jahre 1962 hatte Herr von Trotha ein einschneidendes Erlebnis, dessen Auswirkungen ihn bis heute belasten: sein erstes juristisches Staatsexamen. Zum ersten mal nach Jahren eifrigem Lernens hob er den Blick von seinen Büchern - und erlitt einen Schock: Sein Blick streifte das ganze studentische Elend seiner Zeit, (an dem sich bis heute wohl nicht viel geändert hat, weshalb es sich erübrigt, es näher zu beschreiben). Der Schock, den Herr von Trotha im Jahre 1962 erlitt führte zu einer derart ausgeprägten Hemmungsneurose, daß Herr von Trotha seitdem in diesem Bereich völlig handlungsunfähig ist. Da Herr von Trotha aber offensichtlich über eine stark masochistische Persönlichkeit verfügt, suchte er sich ausgerechnet in dem Bereich eine Arbeit der ihm der-einst dieses schwere traumatische Erlebnis bescherte: Er wurde Wissenschaftsminister.



Die einzige Möglichkeit, sich gegen die ihn bedrängenden Bilder zu schützen, sah und sieht er in der Vermeidung von Introspektion und starker Wendung nach außen. Gleich nach seinem Examen verließ er Deutschland, um seine Studien im Ausland fortzusetzen. Heute sucht er in ausgedehnten Reisen und intensiven Auslandskontakten die Möglichkeit, nicht über die inneruniversitäre Problematik nachdenken zu müssen und damit nicht mit seinem traumatischen Selbst konfrontiert zu werden. Um sich dabei jedoch nicht gänzlich zu verlieren, bemüht er sich, sooft wie möglich an die Öffentlichkeit zu treten und in vielen Gremien mitzuwirken, um sicher eingebunden zu sein und sich in Zeitungsnutzen immer wiederfinden zu können. Es bleibt fraglich, ob in diesem Fall eine Konfrontationstherapie, wie sie im Moment in der Öffentlichkeit diskutiert wird, Sinn macht, oder ob Herr von

Trotha  
wirklich nicht mehr zu helfen ist.  
Christiane



»Schnell, die Anthropologen kommen!«  
Zeichnung: Gary LARSON

## Wer tötete Chico Mendes

Am 22. Dezember 1988 wurde Chico Mendes - Kautschuksammler, Gewerkschafter und Schützer des Tropenwaldes - auf der Schwelle seines Hauses erschossen. In der Liste der Morde an brasilianischen Landarbeitern und deren politischen und kirchlichen Unterstützern war es der 90. in jenem Jahr. Internationaler Druck bewirkte, daß ein Prozeß zustandekam. Ein gewisser Alva da Silva und sein Sohn Darci wurden als Mörder verurteilt. Die Hintermänner der Tat - brasilianische Großgrundbesitzer sowie internationale Banken, die Brasilien in Schuldknechtschaft halten und das Land zum Ausverkauf seiner Naturschätze zwingen - saßen, obwohl sie die Hauptakteure der Tragödie sind, nicht auf der Anklagebank. Im Theaterstück der BERLINER COMPAGNIE haben sie (neben Ureinwohnern und Ökologen, den Bundesgenossen von Chico Mendes) die ihrer Bedeutung angemessenen Rollen erhalten.

Der Mordfall und sein Hintergrund werden in der Form einer dramatischen Parabel erzählt. Es sind Bewohner eines brasilianischen Fjendsviertels, die in märchenhafter, aus dem Abfall der Großstadt gezauberten Bildern Kampf und Leidensweg ihres Helden Chico Mendes spielen.

Das Stück wird von der Berliner Compagnie am 17.12.92 (Donnerstag) um 20 Uhr in der Neuen Aula aufgeführt, veranstaltet wird es von der Gruppe FIAN. (FoodFirst Information & Action Network)-Heidelberg und der FSK. Die Karten kosten im Vorverkauf ("Dritte-Welt-Laden" und anderer Buchladen) 10 bzw. 15 Mark, Abendkasse 11/16 Mark.



## Sprachverbot

Seit Ende Oktober ist der Unterricht durch jugoslawische Lehrer an deutschen Schulen laut Erlaß des baden-württembergischen Kultusministeriums verboten. Es gibt inzwischen Fälle, in denen zuständige Schuldirektoren den jugoslawischen Unterricht unterbrechen und Lehrer sowie Schüler aus den Schulräumen wiesen. "Wir haben nun erhebliche Probleme, geeignete Räume für die Unterrichtung unserer Kinder in ihrer Muttersprache zu finden", konstatierte der jugoslawische Generalkonsul Milovanovic (Stuttgart) während eines Telefongesprächs. Bei einem Telefongespräch mit dem Sekretär des Kultusministers, Herrn Jansen, brachte Herr Jansen zum Ausdruck, daß dies in der Tat von Stuttgart veranlaßt worden sei und in Übereinstimmung mit den von der UNO in New York über Jugoslawien verhängten Sanktionen zu sehen ist !?!

(aus: Zeitdienst-Jugoslawien Nr.5 / info Heidelberg Nr.5 -rüg)

## Derek Walcott

Vortrag über den diesjährigen Nobelpreisträger für Literatur  
Derek Walcott

Die Fachschaft Anglistik setzt die im Sommersemester '92 mit sechs Vorträgen begonnene Veranstaltungsreihe über die "Neuen Englischen Literaturen" fort. Am Montag, den 14. Dezember wird Dr. Gordon Collier (Anglistisches Seminar der Universität Gießen) über die Werke Derek Walcotts und Hintergründe sprechen.

Dr. Gordon Collier: Derek Walcott und die Republik der Literatur

Zeit: 12 Uhr s.t.  
Ort: Anglistisches Seminar, Kettengasse 12, Raum 110

Nachmittags findet ein Workshop-Seminar über Derek Walcott statt, das von Gordon Collier in englischer Sprache durchgeführt wird. Eine Kopiervorlage der Gedichte, die besprochen werden sollen, wird ab dem 7. Dezember im "Glaskasten" (Eingang zur Bibliothek) ausliegen.

Workshop-Seminar über Derek Walcott: 16 Uhr c.t., Raum 115, Anglistisches Seminar.

### IMPRESSUM

UNIMUT - Zeitung an der Uni Heidelberg

Nr. 63 9.Dezember '92

UNIMUT erscheint: alle 2 Wochen(?!)

Redaktionsschluß: Montags, 14<sup>00</sup> Uhr

Redaktion: Christiane Kirsten Michael

Mitarbeit diesmal: André 2\* Tobias Holger  
Ilka Gamal

Druck: Druckwalze GdbR

Auflage: 2500

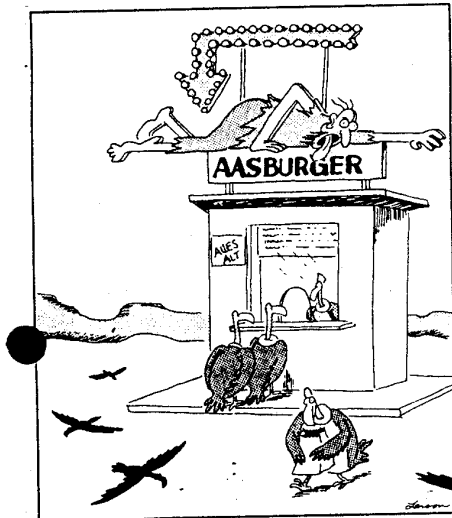
LeserInnen-Beiträge: sind jederzeit erwünscht & sollten nur in Ausnahmefällen 2 DIN-A-4-Seiten überschreiten.

Für namentlich gekennzeichnete Beiträge ist der/die Autor(in) verantwortlich! Die Redaktion behält sich sinnvermehrnde Kürzungen und kostenlose, orthographische Dienstleistungen vor!

v.i.S.d.P: F(ach)S(chaf)K(onferenz)  
(Z)entrales (F)achschaf)ten(B)üro  
Lauerstraße 1  
6900 Heidelberg  
Tel.: 06221/542456/7

# Tragödie in der Mensa

Nein, wir sind weder Konservative  
noch verirrte Hunde, wir sind  
Verschleppte! Genießeriische,  
leichtsinnige oder vielbeschäftigte



Leute haben uns im Neuenheimer Feld  
und in der Altstadt weit verbreitet,  
womöglich sind wir weit über unserer  
Heimat Grenzen hinaus in Buden weit  
herreisender StudentInnen (nicht  
mehr ?) zu finden!

Wir wollen zurück zu unseren  
Geschwistern, den Tellern, Tassen,  
Gabeln, Löffeln und Messern, die noch  
in unserer Heimat, den Heidelberger  
Mensen und Unicafes verblieben sind!  
Mittlerweile ist nämlich jeder dritte  
von uns entführt worden.

Damit wir Euch aber weiterhin mit  
Kaffee, Kuchen etc. verführen können,  
solltet Ihr so schnell wie möglich alle  
unserer Mit-Tassen, -Teller, -Schüs-  
seln etc. in Mensen und Cafes  
zurückbringen.

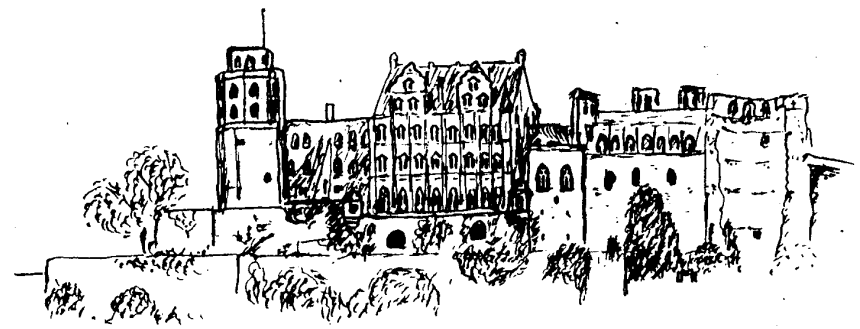
Egal, ob Ihr noch welche daheim habt  
( na, na, wie kommen die denn dahin,  
sind wir denn sooo schön ? ), wir in  
Chemielabors keimfrei gehalten werden  
oder wir sonstwo vergammeln oder  
auch fleißig benutzt werden, bringt  
uns nur zurück!

Wenn Ihr den Kaffee wirklich beim  
"Zerschneiden" von Mäusen oder beim  
Erzeugen von Spannungsfeldern im  
Praktikum als Nervennahrung braucht  
oder Ihr Eure Suppe sonstwo auslöffeln  
wollt, dann bringt doch einfach eigenes  
Geschirr (eigenen Becher!) mit.

Facts für Phantasielose Theoretiker:

- Weil ein Drittel der Becher ver-  
schwunden ist, kostet der Kaffee bereits  
40 Pfennig mehr.
- Wenn noch mehr Geschirr mitgenommen  
wird, wird alles noch teurer.
- Die Milchbecher, die in den Mensen  
statt der Einwegbecher eingeführt wor-  
den sind, werden bei hoher Verlustrate  
durch Milchflaschen mit 100%iger Preis-  
steigerung ersetzt.

Ilka



## Uni-World

Eines der drückendsten Probleme dieser  
Tage scheint die künftige Hochschulpo-  
litik zu sein. Wirtschaftlichkeit und öf-  
fentliches Ansehen stehen in Frage. Die  
Lösungsvorschläge der Ministerien wer-  
den heftig diskutiert: Studienzeitver-  
kürzung, Begrenzung der Studierendenzah-  
len, mehr Öffentlichkeitsarbeit...

Es ist keine kurzfristige Lösung in  
Sicht. Dabei ist es doch grade für Hei-  
delberg so einfach, eine Lösung dieses  
Problems schnell und ohne großen Auf-  
wand herbeizuführen!

Die Studierenden und die Uni müssen in  
den Tourismus eingebunden werden! Das  
erhöht die Wirtschaftskraft der Univer-  
sität enorm und dient zudem der öf-  
fentlichkeitsarbeit. Außerdem ist Hei-  
delberg um eine Touristenattraktion reicher  
und die vielen Studierenden, die wegen  
Überfüllung der Hörsäle den ganzen  
Tag im Cafe verbringen müssen, sind  
sinnvoll beschäftigt!

Die Konzeption könnte nach dem Vorbild  
von Euro-Disney geschehen.

Amerikaner und Japaner sind ja be-  
kannlich sehr an europäischer Ge-  
schichte und deutschen Gebräuchen in-  
teressiert. Diesem Interesse käme man  
sehr entgegen, wenn die "UNI-WORLD"  
mit einem kleinen Hauch Geschichte und  
Nostalgie ausgestattet würde.

Möglich wäre, die Fakultäten verschie-  
denen Zeitetappen zuzuordnen, begin-  
nend vielleicht mit der guten alten Zeit,  
als Frauen an den Hochschulen noch  
nicht zugelassen waren und eine kleine  
Zahl erster junger Männer sich eifrig  
um die Erweiterung ihrer Kenntnisse  
und die Ehre ihrer Professoren und ih-  
rer Universität bemühten.

Die Studierenden der Burschenschaften  
könnten mit einem Beitrag zum Thema  
Uni in der Hitlerzeit zur UNI-WORLD  
beitragen.

Alles original natürlich, mit Hakenkreuz  
und Hitlergruß und Disziplin und Ord-  
nung. Damit wäre einmal wieder unsere  
gute Absicht bewiesen, uns aktiv mit  
unserer Vergangenheit auseinanderzu-  
setzen.

Der Abschnitt Studentenrevolution muß  
mit ständig rotierender Besetzung dar-

gestellt werden, um das ohnehin heut-  
zutage schon zu hohe Gewaltpotential  
einzelner linker Gruppierungen nicht zu  
fördern. Der Dozent muß selbstverständ-  
lich von einem Stuntman gespielt wer-  
den, aufgrund der Gefahr, in die er  
sich begeben muß. Als besondere At-  
traktion erscheint - gegen Preisauf-  
schlag - ein echtes APO-Mitglied!

Die Mittagspause in UNI-WORLD wird  
stillecht in der Mensa verbracht - aller-  
dings mit speziellem Touristenmenü, da-  
mit unsere lieben Gäste auch nachmit-  
tags noch etwas von ihrem Besuch in  
UNI-WORLD haben. Aufgrund der mög-  
lichst hohen Authentizität sollte das  
Flair jedoch ähnlich sein und zudem -  
aus Transparenzgründen - die Möglich-  
keit bestehen, die Studierenden durch  
Glasscheiben zu beobachten.

Der Nachmittag stellt den unterhaltsamen  
Teil dar, er ist der heutigen Situation  
an der Uni gewidmet. Voll im Trend liegt  
zum Beispiel ein munteres Quiz, bei dem  
die Besucher Studierende vorgeführt  
bekommen und deren Fachrichtungen  
und Semesterzahlen erraten dürfen.  
Eine Prognose der Berufschancen der  
jeweiligen Studierenden gibt dem ganzen  
einen Hauch von Dramatik, der nötig ist,  
um den Besuchern die Taschen zu öff-  
nen für Spenden zur moderneren Aus-  
gestaltung der UNI-WORLD.

Für diejenigen, die Lust auf ein kleines  
Abenteuer haben, gibt es noch eine be-  
sondere Attraktion: Das Zimmersuchspiel  
mit anschließender Übernachtung in ei-  
ner echten Studentenbude oder einem  
original-Wohnheim - unter authentischen  
Bedingungen. Den Preis bestimmt der  
Markt!

Das Abendprogramm bilden kabarettisti-  
sche Veranstaltungen wie zum Beispiel  
Senats- und Fachschaftskonferenzsit-  
zungen sowie original Prüfungen.

Ebenfalls am Abend findet die Ziehung  
der Gewinner unseres Studierendenquiz  
vom Nachmittag statt. Der Hauptpreis:  
eine Woche Ferien in Heidelberg!

Und dann heißt's: Gute Nacht!!!!!!!

Christiane



# Die Deutschen, die Anderen und wir...

Wir alle sind sicherlich erschüttert von den Ereignissen der letzten Monate und Wochen, die schließlich in Mölln ihren vorläufig grausamsten Abschluß gefunden haben. Wir alle hoffen sicherlich auch, daß so etwas Abscheuliches nicht wieder vorkommen wird. Aber eine Garantie dafür kann uns ja niemand geben, oder?

Also: Ausländerfeindlichkeit: - eine Sache, die eigentlich alle betrifft und die doch niemanden angeht? Oder aber eine Sache, die alle betrifft und auch alle angeht?

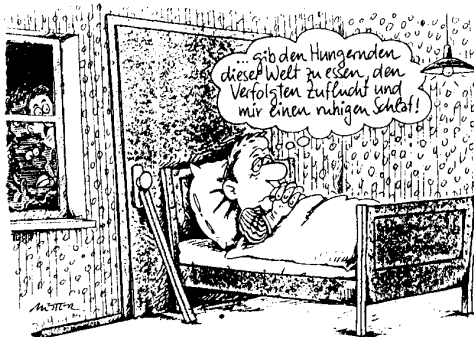
Wir alle leben in der Bundesrepublik Deutschland und fühlen uns deshalb mehr oder weniger auch der Nation zugehörig.

Gerade diese Nation besteht aber nunmehr seit fast 40 Jahren aus einem Gemisch verschiedenster Nationalitäten und Couleurs. Gerade diese Mischung macht auch einen nicht geringen Reiz der Bundesrepublik aus, hat ihr den Ruf verschafft, eines der demokratischsten Länder der Erde zu sein. Unglücklicherweise wurde von PolitikerInnen die Diskussion um eine Änderung des Grundgesetzes immer wieder mit den tagespolitischen Ereignissen vermischt. Dadurch hat man, sicherlich nicht unbeabsichtigt, den neu auftretenden rechtsradikalen Gruppierungen in die Hände gespielt. Gruppierungen, die sich, wenn man sie genauer betrachtet, oft aus orientierungslosen, desillusionierten Jugendlichen zusammensetzen, die den Beifall jener, welche daneben standen und klatschten, als Häuser angezündet und Menschen totgeschlagen wurden, als Ermutigung aufgefaßt haben.

Es ist aber an uns allen, jetzt aufzusteigen und N E I N zu dieser Form der Durchsetzung politischer Interessen zu sagen. Egal, welche politische Richtung oder Überzeugung wir haben. Hier geht es nicht mehr um politische Meinungen, sondern um Menschlichkeit. Und niemand denkt gerne daran, daß es eines Tages das eigene Haus, die eigenen Kinder sein könnten, die dieser Art von Umsetzung gesellschaftlicher Vorstellungen zum Opfer fallen könnten. Daß es sich eigentlich nicht um AusländerInnen dreht, dürfte dann allen klar werden, wenn man von den Übergriffen auf jüdische Grab- und Gedenkstätten, von der Bedrohung jüdischer MitbürgerInnen erfährt. Es macht sich ein Geist breit, der über 40 Jahre nur im Verborgenen überlebt hat. Ein Geist, der durch die weltpolitische Entwicklung sicherlich noch begünstigt wird. Aber wollen wir wirklich zurück in die späte Weimarer Republik?

Die StudentInnen der romanischen Sprachen haben sich naturgemäß mit fremden Sprachen und Kulturen auseinanderzusetzen. Es gibt wohl kaum jemanden, der noch nicht im Ausland war, keine FreundInnen in den jeweiligen Ländern und Sprachen hat und nicht gelernt hat, daß letztlich der Mensch, und nicht seine Hautfarbe zählt.

Deshalb hat sich am **Romanischen Seminar** eine Gruppe von StudentInnen konstituiert, die es sich zum Ziel gesetzt hat, die Verbreitung kultureller Pluralität zu unterstützen. es geht hierbei nicht um radikale, aufsehenerregende Aktionen. Es geht darum, der Menschlichkeit das Vorrecht zu geben, den Menschen - und nicht die Ideologie - in den Vordergrund zu stellen.



ZEICHNUNG: MESTER

Sicherlich ist es nicht an uns, spektakuläre Aktionen durchzuführen und unsere Gesellschaft zu revolutionieren. Dennoch ist die Arbeit eines/einer jeden einzelnen wichtig. Das Gespräch im privaten Kreis ist hierbei ebenso wichtig wie zum Beispiel der Besuch eines Festes, das von anderen kulturellen Gruppen organisiert wurde.

Der damit verbundene moralische Schulterschluß ist nicht nur nach außen, sondern auch für die von neo-faschistischen Gruppen an Leib und Leben bedrohten Menschen ein Signal, daß es auch noch "andere" Deutsche gibt, die keinen Baseballschläger neben dem Bett liegen haben.

Abgesehen davon kann es ja auch durchaus interessant sein, andere Kulturen und Menschen kennenzulernen und den eigenen Horizont zu erweitern. Denkt bitte daran: Wir reden nicht mehr von Antipathie.

**Hier geht es mittlerweile um Menschenleben!**

Und manchmal muß man sich fragen, wo denn unter diesen Umständen noch ein Unterschied ist zwischen etwa menschenverachtenden Praktiken eines Regimes in Chile, im Iran oder den gewalttätig vorgehenden Rechten in der Bundesrepublik.

In und um Heidelberg gibt es mittlerweile zahllose Gruppen, deren Zielsetzung sich teilweise mit der des Romanischen Seminars deckt. Allen ist wohl eines gemeinsam: Daß sie das, was heute auf unseren Straßen geschieht, verabscheuen und nicht hinnehmen wollen.

Sei es nun das Notruftelefon für ausländische MitbürgerInnen, seien es internationale Kinderhorte, das internationale Frauencafe oder anderes. Dazu kommen "Einzelaktionen" wie der "Aktionstag gegen Gewalt" am Psychologischen Institut, der Pressespiegel des Romanischen Seminars und anderes mehr.

Es gibt für jedeN einen Platz, an dem er/sie entsprechend seinen/ihren Vorstellungen tätig werden kann, im entsprechenden zeitlichen Rahmen, der jedem/jeder einzelnen zur Verfügung steht.

Man kann soviel tun, nur eines nicht: dastehen, mit der üblichen Betroffenheit, sich dann umdrehen, weggehen und glauben, es ginge einen sowieso nichts an. Falsch!

Bei einer solchen Radikalisierung, wie jener, von der unsere Gesellschaft erschüttert wird, ist jedeR betroffen. Früher oder später. Es ist sicherlich der falsche Weg, darauf zu warten, daß nichts mehr geht. Einfacher und besser ist es sicherlich, rechtzeitig zu handeln und sich aktiv an der Auseinandersetzung zu beteiligen. Nochmals: Jeder Beitrag, und sei er noch so gering, ist wichtig.

Dementsprechend ist auch die Gruppe des Romanischen Seminars offen. Es ist klar, daß der/die Einzelne wenig ausrichten kann. Schaffen wir es aber, uns in der Sache einig zu sein, so sind wir schon viele. Und werden immer mehr, die dann auch durchaus "etwas bewegen" können. Deshalb sind wir auch dankbar für Anregungen von außen, Kontakte mit anderen Gruppen, einen Austausch von Ideen, Hinweise auf geplante Aktivitäten, usw..

**Die Gruppe des Romanischen Seminars trifft sich jeden Mittwoch um 18.00 Uhr im Raum 018. Wer immer interessiert ist, ist herzlich willkommen. Auch schriftliche Anregungen sind gerne gesehen.**

**Es geht uns eben doch alle an!!**

Wir haben uns und unsere Eltern immer wieder gefragt: "Wie war so etwas überhaupt möglich? ... Und was habt Ihr eigentlich dagegen getan? Warum habt Ihr Euch nicht gewehrt? Nicht etwas dagegen unternommen?"

Wollen wir, daß unsere Kinder uns eines Tages dasselbe fragen? Und sind wir dann noch soviel besser als jene, die zugeschlagen, angezündet, getötet haben?

Gamal Morsi



# Sozialis aller Länder, vereinigt Euch ! Gesundheitsreform

Vom 13.-15.11. fand in Wilhelmshaven das BundessozialreferentInnentreffen statt. Dort Treffen sich die SozialreferentInnen der Studierendenschaften aus der ganzen Bundesrepublik. Hauptthemen waren diesmal "Wohnen mit Kind", "Alternatives Wohnprojekt" und "BAföG - Studienabschlußförderung".

Bei den ersten beiden Themen konnte mehr oder weniger nur die aktuelle Situation beklagt und festgestellt werden, daß mit unseren bescheidenen Mitteln daran kaum etwas zu ändern ist. Vor allem beim Thema "Alternatives Wohnprojekt" kamen wir zu dem Schluß, daß das Problem 'Wohnraum als handelbares Gut' in unserer kapitalistischen Gesellschaft nicht so einfach aus dem Weg zu räumen ist...

Die Studienabschlußförderung ermög-



lichte bisher eine außerplanmäßige Unterstützung nach dem Ende der BAföG-Höchstdauer für das Ablegen der Prüfung. Diese Studienabschlußförderung läuft mit Ende des Jahres aus, was vielen Studierenden in finanzielle Schwierigkeiten bringen wird, die jetzt auch noch während der Prüfungsvorbereitung arbeiten müssen.

Die Abschlußförderung wurde eingeführt, nachdem die BAföG-Höchstdauer regelmäßig überschritten wurde. Damit war eine finanzielle Absicherung während der Abschlußprüfung nicht mehr gegeben, so daß dieser Notbehelf geschaffen wurde.

Das BundessozialreferentInnentreffen sprach sich dafür aus, die BAföG-Förderungshöchstdauer endlich auf ein realistisches Maß zu erhöhen, d.h. an den tatsächlichen Studiendauern zu orientieren. Es wurde festgestellt, daß der Versuch, über die BAföG-Förderungshöchstdauer die Studienzeiten zu senken, gescheitert ist. Konsequenterweise wurde deshalb die Erhöhung der Förderungshöchstdauer gefordert.

Das nächste BundessozialreferentInnentreffen findet Anfang nächstes Sommersemester in Berlin statt. Vorher werden die SozialreferentInnen aus der Umgebung sich am 12.12. nochmal in Heidelberg treffen, um gemeinsam einzelne Teile eines Sozial-Handbuchs oder Sozialinfos zu erarbeiten.

André F.

## Resolution der Fachtagung Medizin zum Gesundheitsstrukturgesetz

Eine Gesundheitsreform hat sich in erster Linie an der Qualitätsverbesserung der medizinischen Versorgung zu orientieren und erst in einem zweiten Schritt die Finanzierung zu berücksichtigen. Neben weiteren Maßnahmen stellt die zunehmende Selbstbeteiligung der Patienten und Patientinnen einen Schritt in Richtung Ausstieg aus dem Solidarprinzip dar: Die Durchsetzung einer staatlich-dirigistischen Minimalmedizin für Alle und einer freien Medizin für Wenige wird hier angestrebt. Zudem ist die Selbstbeteiligung als Maßnahme zur Kosteneinsparung unwirksam und bedeutet daher lediglich eine Umverteilung von Ausgaben von der Solidargemeinschaft auf die Betroffenen. Auch Niederlassungsbeschränkungen 1993 und Bedarfszulassung 1999 stellen ein politisches Instrument zur zukünftigen staatlichen Definition von Gesundheit und ärztlichem Handeln dar.

In der ambulanten Versorgung ist die Behandlung vielfach nicht mehr allein an der Notwendigkeit der durchgeführten Maßnahmen, sondern auch an deren ökonomischer Attraktivität oder geringem Zeitaufwand orientiert. Da das bestehende ambulante Versorgungssystem keine Anreize zur Behebung dieses Mißstandes bietet, sondern eine derartige Praxis gar noch belohnt, werden hier wider die Vernunft und zu Lasten der Patientinnen und Patienten Mittel im Gesundheitswesen fehlgeleitet.

Kostensteigerungen im ambulanten Bereich sind auf diese immanenten Fehler des bestehenden Versorgungssystems zurückzuführen und nicht auf eine große Zahl niedergelassener Kassenärztinnen und -ärzte. Im Gegenteil würde eine Ausweitung der Zahl Niedergelassener ebenso wie die Zulassung alternativer Formen der ambulanten Versorgung eine qualitativ höherwertige Versorgung gewährleisten und persönliche Zuwendung ohne Zeitdruck unter Einbeziehung psychosozialer und psychosomatischer

Aspekte erst ermöglichen. Diese Maßnahme führt nicht zu Kostensteigerung, wenn gleichzeitig Anreize geschaffen werden, teure Diagnostik und Therapie durch patientInnenorientierte Behandlungsformen zu ersetzen. Voraussetzung hierfür ist eine entsprechende Neuorientierung der medizinischen Ausbildung. Eine kassenärztliche Zulassungsbeschränkung kann hier keine sinnvolle Maßnahme darstellen. Sie dient lediglich

der Sicherung der hohen Einkommen der jetzt Niedergelassenen und hebt damit ansonsten sinnvolle Ansätze im GSG wieder auf. Letztlich zementiert sie die bestehenden Mißstände auf Kosten der Patientinnen und Patienten. Sie führt in Kombination mit der gängigen Praxis von Zeitverträgen und unentgeltlicher Beschäftigung von GastärztInnen zur Arbeitslosigkeit vieler junger Medizinerinnen und Mediziner, die angesichts langer Wartezeiten in den Praxen und der Zahl der geleisteten Überstunden durch Nichts zu rechtfertigen ist. Die Fachtagung Medizin fordert daher im Namen aller deutschen Medizinstudierenden:

- 1) Keine Änderung der §§ 101 bis 104 SGB V in der vom GSG vorgesehenen Form.
- 2) Aufhebung aller Selbstbeteiligungsregelungen.
- 3) Änderung der Abrechnungsmodalitäten in der ambulanten Versorgung.
- 4) Abschaffung des kassenärztlichen Monopols und Zulassung alternativer Formen der ambulanten Versorgung.
- 5) Förderung der Errichtung von Polikliniken auch in den alten Bundesländern.
- 6) Reform des Medizinstudiums im Sinne einer praxisorientierten Ausbildung mit Ausrichtung auf die Primärversorgung.
- 7) Arbeitsschutzmaßnahmen für angestellte Ärztinnen und Ärzte sowie das Verbot des GastärztInnen-Unwesens.



urimut

# Unimut

Nr. 63

9.12.92

ZEITUNG AN DER UNI HEIDELBERG

## Pennt weiter!

intensiv wie zur Zeit wurde selten Situation an der Hochschule diskutiert und eine mögliche und notwendige (?) Strukturreform der Hochschulen ins Auge gefaßt. Aufgrund der angespannten Haushaltslage in Bund und Land und der Konjunkturprobleme der Wirtschaft befinden sich die Hochschulen plötzlich, aber nicht unerwartbar, in einer Legitimationskrise.

Der Zwang, ihre Arbeit im gesellschaftlichen Umfeld "verkaufen" oder zumindest darstellen zu müssen, löst bei Professoren, Rektoraten und den darüber befindlichen Organen wie der Hochschulrektorenkonferenz hektische Reaktionen aus, "Marketingmethoden" für die Universitäten werden entworfen. Wirtschaftsprüfer kommen an die Universitäten und befinden über innerfakultative Strukturen. Der Bundeskanzler, nicht immer auf der Höhe politischer Diskussionen, ruft fürs Frühjahr zum lang erwarteten "Bildungsgipfel" auf,

die Kultusministerkonferenz und die Hochschulrektorenkonferenz geben ein Statement nach dem anderen ab, in Stuttgart sind die Beratungen über ein neues Hochschulgesetz, in dem auch ganz andere Dinge wichtig sind, als die Einführung einer wie auch immer gearbeteten Verfaßten Studierendenschaft, fast abgeschlossen und selbst den Medien sind die Hochschulen wieder manch Meldung und sogar Titelstory wert.

All das sind die Zeichen dafür, daß sich in aller kürzester Zeit einiges tun wird an den Unis. Diesmal stehen tiefgreifende, vielleicht sogar strukturverändernde Maßnahmen an, die über die Symptombekämpfung der letzten Jahre, d.h. hier ein Sonderprogramm, da ein Landeslehrpreis, weit hinausgehen und weitgehender Diskussion erfordern. Dabei ist unwahrscheinlich, daß dabei neue Konzepte ans Tageslicht kommen, wenn man sich die Diskussion um die Hochschulen in den letzten 30 Jahren ansieht. Wichtig aber ist, daß diesmal der "Leidensdruck" unter den politisch Verantwortlichen so groß ist und die Ansprüche, die von außen an die Hochschulen herangetragen werden, so deutlich sind, daß sich die Universitäten einer wie auch immer gearbeteten Veränderung nicht mehr entziehen können. Und die Studierenden???

Obwohl wir dauernd unser Recht auf Mitbestimmung einklagen, sind wir offensichtlich wieder mal dabei, dieses Thema völlig zu verschlafen. Noch herrscht in den Fachschaften und in der FSK nicht einmal das Bedürfnis, über die existierende Hochschulstruktur zu reden, von einer Stellungnahme zur momentanen Debatte zur Strukturreform oder gar einem eigenen Grundkonzept ganz zu Schweigen. Die Hochschulgruppen verharren in ihrer für sie so wichtigen Kontinuität des Nichtstuns und unter der breiten studentischen Öffentlichkeit ist nicht einmal der Hauch von Problembewußtsein zu verspüren. Wie sehr ihnen alles was mit Ausbildungs- und Hochschulpolitik am Arsch vorbeigeht, zeigt die Beteiligung an der Bonner MedizinerInnen demo vom 26.11.92. Obwohl das Seehofersche Gesundheitsreformgesetz für die knapp 10 000 JungmedizinerInnen in Heidelberg und Mannheim eine fast unüberwindliche Hürde zum Eintritt ins Berufsleben darstellt, bewegten mal eben 200, ein Großteil davon erst nach Aufforderung durch ihren Prof, ihren Hintern nach Bonn, von Leuten aus anderen Fakultäten ganz zu schweigen. Es wird also kommen, wie es kommen

muß. Im Laufe nächsten Jahres wird ein um die andere Maßnahme zu Reduktion der Studierendenzahlen, zur Verkürzung der Studienzzeit um jeden Preis, zur Änderung von Prüfungsordnungen und zur Veränderung der Struktur des Studiums durchgeführt werden. Wenn sie dann davon direkt betroffen sind, werden die Studierenden kurz aufjaulen, sie hätten von Nichts gewußt und wären auch nicht gefragt worden und sich dann der veränderten Situation anpassen. So wie es sich für künftige, kreative EntscheidungsträgerInnen gehört.

P.S.: Eine ähnliche Situation an den Hochschulen gab es schonmal im WS 88/89. Auch damals berichteten die Medien ausführlich über Bildungspolitik. Auch damals sollten Maßnahmen zur Studienzzeitverkürzung eingeführt und der Hochschulzugang neu geregelt werden. Und damals kam von Seiten der Studierenden eine Reaktion. Die Uni wurde fast ein Semester lang bestreikt, in autonomen Seminaren wurden Konzepte erarbeitet, über Lehr- und Lernformen diskutiert, die Universität in den gesellschaftlichen Zusammenhang gebracht. Aber wie hat Willi Brandt schon gesagt: "Besinnt Euch [...] darauf, daß jede Zeit eigene Antworten will."

Holger Becker



Ich frage Sie, meine Herren,  
sehen Sie die Situation unserer Uni  
ähnlich der, wie Sie das jetzt  
es gerade im Moment?

### INHALT

- Seite 2: Ulmer-Quartett, Rektorat in Not
  - Seite 3: Uni-World, Uni unter wirtschaftlichen Aspekten
  - Seite 4: Die Deutschen die Anderen und wir, Initiative am Romanischen Seminar
  - Seite 5: Jugoslawien Hilfe Schiller Institut
  - Seite 6: Gesundheitsreform Sozialreferat
  - Seite 7: Trotha intim
  - Seite 8: Termine
- Menschenkette am 17.12.

## Winterhilfe für Bosnien & Kroatien

Es droht eine menschliche Katastrophe in Europa. 2.5 Millionen Menschen sind in Bosnien-Herzegowina und Kroatien vom Hunger- und Kältetod bedroht. Humanitäre Hilfe kann zwar den Krieg nicht beenden, ist aber dennoch dringend notwendig. Wir bitten Sie daher, uns bei unserer Hilfsaktion für Bosnien-Herzegowina und Kroatien zu unterstützen.

### Wer sind wir?

Der AK-MIR ("Frieden") ist eine studentische Gruppe an der Universität Heidelberg, die sich mit dem Krieg im ehemaligen Jugoslawien beschäftigt und humanitäre Hilfe für die Opfer des Krieges organisiert.

### Wie ist die Situation der Flüchtlinge?

In Kroatien gibt es bereits 750.000 Flüchtlinge, das sind fast 20% der Bevölkerung. Inzwischen nimmt Kroatien keine neuen Flüchtlinge mehr auf, Zig-Tausende werden an der Grenze zwischen Bosnien-Herzegowina und Kroatien zurückgeschickt, da sie auch von keinem anderen Land aufgenommen werden. Diese Menschen, die Flüchtlinge in Kroatien und besonders die bedrohten Menschen in Bosnien-Herzegowina, brauchen unsere Hilfe. Den ersteren kann man leicht helfen, wenn man das nötige Geld hat. Die letzteren bräuchten am dringendsten Hilfe, aber es ist wesentlich schwieriger, sie ihnen zu kommen zu lassen.

In sicherere Gebiete, in denen viele Flüchtlinge leben, werden wir selbst Hilfe bringen. Zum Transport von Hilfsgütern in Kriegsgebiete werden wir auf große Organisationen (wie z.B. die UNO) zurückgreifen.

### Wir brauchen folgende elementaren Hilfsgüter:

- \* Weizen, Mehl, Kartoffeln, Kohl, Mais, Reis, Nudeln, Konserven, Milchpulver, Butter, Speiseöl, Salz, Zucker, Babynahrung, Kakao, geräuchertes Fleisch, Gefrierfleisch
- \* Multivitamine in Pulver- und Tablettenform, Mittel zur Trinkwasseraufbereitung, Reinigungs- und Waschmittel, Seife, Winterkleidung (insb. Schuhe), Heizöfen, Gaskocher, Decken und Schlafsäcke, Plastikplanen zur Fensterabdichtung
- \* Für Kinder wäre es wichtig, wenn sie Spielsachen bekommen könnte, insbesondere Stifte und Papier wären sinnvoll. Für Erwachsene und Kinder wären Bücher (mglt. in kroatisch oder serbisch) eine Möglichkeit, ihre schlimme Situation eine Weile zu vergessen.

### Wir brauchen folgende medizinischen Güter:

- \* Verbandsmaterial, Plastikhandschuhe, Kanülen, Katheter, Desinfektionsmittel, Narkosemittel, Impfstoffe gegen TBC, Polio, Typhus und DPT, Analgetika, Adrenalin, Dialysegeräte, Medikamente gegen Bluthochdruck, Antibiotika, Insulin

### Insbesondere brauchen wir finanzielle Unterstützung:

Als wir kürzlich (11.11. bis 19.11.) in Kroatien waren, um uns über die Situation in den Flüchtlingslagern zu informieren, haben wir folgendes festgestellt:

Was in einem Flüchtlingslager gebraucht wird, ändert sich von Tag zu Tag, da von verschiedenen Seiten Hilfsgüter geliefert werden. Wir können also am effizientesten helfen, wenn wir direkt die Ärzte in den Flüchtlingslagern und die Flüchtlinge persönlich fragen, was sie benötigen, diese Güter kaufen und ihnen sofort zukommen lassen. Es ist oft sinnvoller, Hilfsgüter in Kroatien zu kaufen, da der aufwendige Transport dann entfällt und viele Dinge dort auch billiger sind.

Als wir jetzt in Kroatien waren, haben wir die uns anvertrauten Spendengelder folgendermaßen verwendet:

80% für Vitaminpulver, Desinfektionsmittel, Babynahrung und Mittel zur Läusebekämpfung für die Flüchtlingslager Resnik und Samobor (bei Zagreb).

Die Ärzte in den Flüchtlingslagern erklärten uns, daß sie diese Dinge dringend brauchen würden.

Ferner brauchen sie dringend Antibiotika, die wir ihnen gerne bei unserer nächsten Reise bringen würden.

Diese Hilfsgüter haben wir direkt in Zagreb gekauft und daher auch besonders günstig bekommen.

20% für Hilfe in dem Flüchtlingslager Gasince, das in der Nähe der Front liegt, und wo die Menschen in Zelten leben müssen. Ein Teil des Geldes wurde auch hier für Vitaminpulver verwendet, der andere Teil für Brennholz.

Um weiterhin so effektiv helfen zu können, indem die Hilfsgüter exakt auf den Bedarf abgestimmt werden, möchten wir Sie besonders um Geldspenden auf folgendes Konto bitten:

AK-MIR  
Volksbank Heidelberg  
BLZ: 67290000  
Kontonr: 120961608  
Stichwort: Menschen in Not

Sachspenden geben Sie bitte bei Birgit Semle, Gneischnaustraße 12, 6900 Heidelberg, Tel: 06221/26644 ab.

### Wir danken für Ihre Hilfe!

## Zweite Warnung: Schiller Institut

Nach immerhin 5 Wochen hat es das Schiller-Institut (S-I) fertig gebracht auf einen UNIMUT-Artikel über eben dieses S-I zu reagieren. So wurde am 3.12. vor der Triplex-Mensa ein Flugblatt des S-I verteilt. Unterzeichnet ist von einer gewissen Katharine Kanter, die von sich behauptet Jüdin zu sein. Ein V.i.S.d.P. ist nicht angegeben. Inhalt dieses Pamphletes, soweit man überhaupt von Inhalt reden kann, sind übelste Beschimpfungen (Feigling, Spitzel, Kriecher und Lügner) an die Autorin des UNIMUT-Artikels, Martina Thomas. Weiterhin scheint das S-I unter einer Stasi-Manie zu leiden. So werden Martina "informelle Mitarbeiter" untergeschoben, bzw die Vermutung geäußert, bei den Quellen für den Artikel handele es sich um "Stasi-Material oder polizeiliches Archivmaterial". Weiterhin wird Martina zu einer öffentlichen Diskussion in der Alten Mensa geladen. In diesem Zusammenhang wird folgende Warnung ausgesprochen: "Sollten sie mit Ketten schwingenden und Baseballschlägern ausgerüsteten Speißgesellen erscheinen, dann sind sie nichts als gemeines Terrorpack. Sollten sie mit der Polizei aufkreuzen, dann spricht das eh für sich selbst." Weiterhin werden sämtliche Verbindungen zu rechtsextremen Gruppierungen geleugnet. Was diese Behauptung angeht, lassen wir im folgenden einfach diejenigen zu Wort kommen, deren "Freund und politische Anhängerin" Frau Kanter "seit nunmehr 20 Jahren" ist. Ich denke diese Zitate sprechen eine deutliche Sprache und bedürfen keiner weiteren Kommentierung.

"Unser Standpunkt ist Deutschland in den Grenzen, in denen es Menschen gibt, die deutsch sprechen" (Friedrich Wilhelm Grunewald, ehemals stellvertretender Bundesvorsitzender der "Patrioten", Der Spiegel 3,1987)  
"Während in den USA niemand auch nur die geringsten Illusionen über die Macht der zionistischen Lobby über vor allem die gegenwärtige Administration hegt, ist der Einfluß einer verdeckter operierender zionistischen Lobby in der Bundesrepublik bisher nur wenigen eingeweihten politischen Persönlichkeiten bekannt, nicht aber der breiten Bevölkerung. Und deshalb müssen wir den scheinheiligen Holocaust-Schwindel zum Anlaß nehmen, um diese ausländischen Agenten aufzudecken zu lassen." ( Helga Zepp Larouche in der "Neuen Solidarität" vom 25.1.79 zur Ausstrahlung des Films "Holocaust")  
"Es ist nicht notwendig, braune Hemden zu tragen, um ein Faschist zu sein (...). Es ist nicht notwendig, ein Hakenkreuz zu tragen um ein Faschist zu sein (...). Es ist nicht notwendig, sich selbst Faschist zu nennen, um ein Faschist zu sein. Es ist einfach nur notwendig, einer zu sein!" ( Lyndon Larouche, 7.7.1978)

Tobias Köhler

Quellen : - Helmut Lorscheid, Leo Müller  
"Deckname: Schiller,  
Die Deutschen, Patrioten des  
Lyndon Larouche",  
RÖRORO-Artikel, 1986

Hier noch die durch einen Layoutfehler verlorenen Quellen des Artikels 'Warnung: Schiller-Institut' im UNIMUT 61 von Martina Thomas:

Quellen: - Kurt Hirsch: "Rechts von der Union", Knesebeck und Schuler  
- "Vorsicht Rattenfänger", Flugblatt der Antifaschistischen StudentenInnen an der Uni Frankfurt  
- Der astarisk, Zeitung des astar der Uni Mannheim 3/92 - blick nach rechts, Nr. 22, 12.10.92

Wie im UNIMUT 61 erwähnt, versucht das Schiller-Institut in mehreren Städten Friedensgruppen, die sich mit dem Krieg in Jugoslawien beschäftigen, zu unterwandern. Auch in Heidelberg gab es solche Versuche.

Der AK-Mir, der sich an der Heidelberger Uni mit Jugoslawien beschäftigt, hat sich ausdrücklich vom Schiller-Institut distanziert. Es gab keine und es wird keine Zusammenarbeit des AK-Mir mit dem Schiller-Institut geben. "Wir lassen uns nicht von fremde Karren spannen" sagte eine Vertreterin des AK-Mir. Versuche des Schiller-Instituts, die Arbeit des AK-Mir zu beeinflussen, sind damit gescheitert.

**unimut**  
ZEITUNG DER UNI HEIDELBERG

Seite 5

# Sozialis aller Länder, vereinigt Euch !

# Gesundheitsreform

Vom 13.-15.11. fand in Wilhelmshaven das BundessozialreferentInnentreffen statt. Dort Treffen sich die SozialreferentInnen der Studierendenschaften aus der ganzen Bundesrepublik. Hauptthemen waren diesmal "Wohnen mit Kind", "Alternatives Wohnprojekt" und "BAföG - Studienabschlußförderung".

Bei den ersten beiden Themen konnte mehr oder weniger nur die aktuelle Situation beklagt und festgestellt werden, daß mit unseren bescheidenen Mitteln daran kaum etwas zu ändern ist. Vor allem beim Thema "Alternatives Wohnprojekt" kamen wir zu dem Schluß, daß das Problem 'Wohnraum als handelbares Gut' in unserer kapitalistischen Gesellschaft nicht so einfach aus dem Weg zu räumen ist... Die Studienabschlußförderung ermög-

## Resolution der Fachtagung Medizin zum Gesundheitsstrukturgesetz

Eine Gesundheitsreform hat sich in erster Linie an der Qualitätsverbesserung der medizinischen Versorgung zu orientieren und erst in einem zweiten Schritt die Finanzierung zu berücksichtigen. Neben weiteren Maßnahmen stellt die zunehmende Selbstbeteiligung der Patienten und Patientinnen einen Schritt in Richtung Ausstieg aus dem Solidarprinzip dar: Die Durchsetzung einer staatlich-dirigistischen Minimalmedizin für Alle und einer freien Medizin für Wenige wird hier angestrebt. Zudem ist die Selbstbeteiligung als Maßnahme zur Kosteneinsparung unwirksam und bedeutet daher lediglich eine Umverteilung von Ausgaben von der Solidargemeinschaft auf die Betroffenen. Auch Niederlassungsbeschränkungen 1993 und Bedarfszulassung 1999 stellen ein politisches Instrument zur zukünftigen staatlichen Definition von Gesundheit und ärztlichem Handeln dar.

In der ambulanten Versorgung ist die Behandlung vielfach nicht mehr allein an der Notwendigkeit der durchgeführten Maßnahmen, sondern auch an deren ökonomischer Attraktivität oder geringem Zeitaufwand orientiert. Da das bestehende ambulante Versorgungssystem keine Anreize zur Behebung dieses Mißstandes bietet, sondern eine derartige Praxis gar noch belohnt, werden hier wider die Vernunft und zu Lasten der Patientinnen und Patienten Mittel im Gesundheitswesen fehlgeleitet. Kostensteigerungen im ambulanten Bereich sind auf diese immanenten Fehler des bestehenden Versorgungssystems zurückzuführen und nicht auf eine große Zahl niedergelassener Kassenärztinnen und -ärzte. Im Gegenteil würde eine Ausweitung der Zahl Niedergelassener ebenso wie die Zulassung alternativer Formen der ambulanten Versorgung eine qualitativ höherwertige Versorgung gewährleisten und persönliche Zuwendung ohne Zeitdruck unter Einbeziehung psychosozialer und psychosomatischer

Aspekte erst ermöglichen. Diese Maßnahme führt nicht zu Kostensteigerung, wenn gleichzeitig Anreize geschaffen werden, teure Diagnostik und Therapie durch patientInnenorientierte Behandlungsformen zu ersetzen. Voraussetzung hierfür ist eine entsprechende Neuorientierung der medizinischen Ausbildung. Eine kassenärztliche Zulassungsbeschränkung kann hier keine sinnvolle Maßnahme darstellen. Sie dient lediglich

der Sicherung der hohen Einkommen der jetzt Niedergelassenen und hebt damit ansonsten sinnvolle Ansätze im GSG wieder auf. Letztlich zementiert sie die bestehenden Mißstände auf Kosten der Patientinnen und Patienten. Sie führt in Kombination mit der gängigen Praxis von Zeitverträgen und unentgeltlicher Beschäftigung von GastärztInnen zur Arbeitslosigkeit vieler junger Medizinerinnen und Mediziner, die angesichts langer Wartezeiten in den Praxen und der Zahl der geleisteten Überstunden durch Nichts zu rechtfertigen ist. Die Fachtagung Medizin fordert daher im Namen aller deutschen Medizinstudierenden:

- 1) Keine Änderung der §§ 101 bis 104 SGB V in der vom GSG vorgesehenen Form.
- 2) Aufhebung aller Selbstbeteiligungsregelungen.
- 3) Änderung der Abrechnungsmodalitäten in der ambulanten Versorgung.
- 4) Abschaffung des kassenärztlichen Monopols und Zulassung alternativer Formen der ambulanten Versorgung.
- 5) Förderung der Errichtung von Polikliniken auch in den alten Bundesländern.
- 6) Reform des Medizinstudiums im Sinne einer praxisorientierten Ausbildung mit Ausrichtung auf die Primärversorgung.
- 7) Arbeitsschutzmaßnahmen für angestellte Ärztinnen und Ärzte sowie das Verbot des GastärztInnen-Unwesens.



lichte bisher eine außerplanmäßige Unterstützung nach dem Ende der BAföG-Höchstdauer für das Ablegen der Prüfung. Diese Studienabschlußförderung läuft mit Ende des Jahres aus, was vielen Studierenden in finanzielle Schwierigkeiten bringen wird, die jetzt auch noch während der Prüfungsvorbereitung arbeiten müssen. Die Abschlußförderung wurde eingeführt, nachdem die BAföG-Höchstdauer regelmäßig überschritten wurde. Damit war eine finanzielle Absicherung während der Abschlußprüfung nicht mehr gegeben, so daß dieser Notbehelf geschaffen wurde.

Das BundessozialreferentInnentreffen sprach sich dafür aus, die BAföG-Förderungshöchstdauer endlich auf ein realistisches Maß zu erhöhen, d.h. an den tatsächlichen Studiendauern zu orientieren. Es wurde festgestellt, daß der Versuch, über die BAföG-Förderungshöchstdauer die Studienzeiten zu senken, gescheitert ist. Konsequenterweise wurde deshalb die Erhöhung der Förderungshöchstdauer gefordert.

Das nächste BundessozialreferentInnentreffen findet Anfang nächstes Sommersemester in Berlin statt. Vorher werden die SozialreferentInnen aus der Umgebung sich am 12.12. nochmal in Heidelberg treffen, um gemeinsam einzelne Teile eines Sozial-Handbuchs oder Sozialinfos zu erarbeiten.

André F.



TUM

"Akademische Würden möchte derjenige, der Lust dazu hätte, auf den sogenannten Universitäten suchen. Sie verlieren täglich mehr von ihrem vormaligen Ansehen und sind in mehreren Fakultäten bei uns schon ganz herunter. Wir haben gewiß vortreffliche Juristen, ohne daß sie Doctores juris utriusque; vortreffliche Prediger, ohne daß sie, wie jeder Landpfarrer in Sachsen, Magistri christiani, [...] wären.

Das Disputieren, das ehemals so unaussprechlich wichtig war, ist ebenfalls in tiefen Verfall geraten. [...] Eigene Hörsäle für Disputationen zu bauen, wäre immer der Mühe nicht wert. Auch geschieht das Disputieren fast nur noch bei Gelegenheit des Promovierens, und wo also das Letztere nicht stattfindet, fällt auch das Erstere hinweg.

Einen Rektor mit seiner eingebildeten hohen Würde und den akademischen vergoldeten Zeptern könnte man füglich entbehren. Hingegen müßte ein Aufseher da sein, welcher die neu ankommenden Mitglieder der Anstalt inskribierte, die Verzeichnisse der zu haltenden Vorlesungen sammelte, die Hörsäle an die Kompetenten verteilte, über die Tätigkeit der besoldeten Lehrer wachte, einreißenden Unordnungen wehrte [...]"

Johann Jakob Engel: Denkschrift über die Begründung einer großen Lehranstalt in Berlin, 1802

**Am 14. Dezember tagt der Große Senat der Universität Heidelberg. Der Große Senat ist das einzige Gremium der Universität, das öffentlich tagt; wer derlei mal live miterleben will, gönne sich das Spektakel.**

Auf der Sitzung soll, auf Vorschlag des Rektorats, eine Änderung der Grundordnung (GO) der Universität in die Wege geleitet werden. Die GO ist sozusagen die Satzung der Universität, in der alles, was das Universitätsgesetz offen läßt, geregelt wird (z.B. Zahl der Fakultäten, Art der Unileitung). Der Vorschlag des Rektorats bezieht sich auf die Zahl der ProrektorInnen. Derzeit bilden derer zwei zusammen mit Kanzler und Rektor das Rektorat. Das Rektorat ist jedoch einstimmig (also vierstimmig) der Ansicht, den Anforderungen nicht gewachsen zu sein. Im einzelnen werden eine anwachsende Fülle von "Aufgaben und Repräsentationspflichten sowie die Notwendigkeit einer angemessenen Vertretung der verschiedenen Fächer" angeführt.

Für seine vielen Aufgaben können wir, da diese Aufgaben nicht weiter spezifiziert werden, dem Rektorat nur unser abgründigstes unspezifisches Bedauern aussprechen. Impliziert ein derartiger Vorschlag, daß nur das Rektorat fähig ist, derartige Aufgaben zu übernehmen? Empfehlenswert ist in solchen Fällen stets die Rücksprache mit anderen Beteiligten, beispielsweise den Fakultäten oder dem kleinen Senat. Dies ist bisher nicht geschehen, bis zum Beweis des Gegenteils sollte man die Existenz arbeitsfähiger Gremien und mehr als fünf fähiger Leute postulieren.

Mit den Repräsentationspflichten ist es so eine Sache. Ist die Uni so abgeschottet, daß sie es nicht schafft, sich durch ihre Aktivitäten darzustellen und sich nur durch Leute, die sich (Pro-)RektorIn schimpfen, glaubhaft vertreten lassen kann? Wenn ja, hilft vermutlich auch einE dritte ProrektorIn letztendlich nichts mehr.

Die angemessene Vertretung bezieht sich wohl auf die Vertretung innerhalb des Rektorats, dessen Mitglieder derzeit sicher einige Fächergruppen nicht vertreten. Inneruniversitäre Kommunikation sollte aber doch soweit vorhanden sein, daß gegebenenfalls Rücksprache gehalten wird, selbst bei Eilentscheiden. Das Rektorat entscheidet ja nicht einfach so: Größere Entscheidungen finden im kleinen Senat oder im Verwaltungsrat statt und nach außen stehen ohnehin Dekane oder Dekaninnen oder Instituts-

direktInnen für die Fächergruppen.



**Größer Senat:  
Montag, 14.12.1992 15.<sup>u</sup> - 19 Uhr  
Aula der Studiwohnheime, INF 684**

Arme Ruperto Carola, wenn alle ProfessorInnen und Gremien den Laden nicht gemeinsam schmeißen und nach außen verkaufen können! Die Universität kann man dann aber gleich ganz abschreiben: Auch ein Fünfer-Rektorat wäre zum Scheitern verurteilt und bald gäbe es keine Leute mehr für ein noch größeres. Die einen sind scheinbar ohnehin unfähig, die Relevanz ihrer Tätigkeit zu vermitteln, die anderen bekommen inneruniversitär kaum Möglichkeiten eingeräumt und nach außen sollen sie nicht. (An eine Beteiligung anderer Gruppen, MittelbauerInnen oder gar Studierender, wagt man vermutlich nicht zu denken.)

Sollen sämtliche Unigremien unfähig sein, Aufgaben anzugehen? Na, dann schaffen wir sie ab und reden dann über den/die dritte ProrektorIn. Vielleicht sollte sich die Uni nicht die Blöße geben, alle ihre ProfessorInnen öffentlich auftreten zu lassen, aber warum vier eigens hierzu abkommandieren? Summa summarum zeigt sich die Unfähigkeit des Rektorats, demokratisch vorzugehen und dies öffentlich auszudrücken. Entscheidungsgremien, wie den Großen Senat, braucht man doch nicht nur, um einstimmige Ansichten des Rektorats "abzusegnen".

Zugegebenermaßen sind Unigremien oft ineffektiv und ersticken in Verwaltungskram, inhaltliche Diskussionen haben dort schon lange keinen Ort mehr. In der Tat fehlt es an Öffentlichkeit im Sinne eines gemeinsam definierten Bezugs- und Handlungsrahmens Universität.

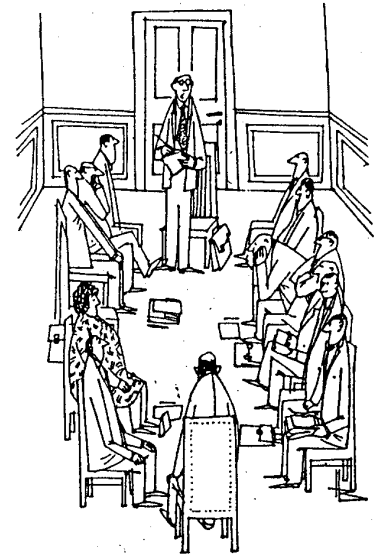
Abgesehen von kosmetischen Versuchen, wie beispielsweise einfalllosen unweiten Plakaten für Rektorats-Veranstaltungen (Mund-zu-Mund-Propaganda klappt da halt selten, d.SetzerIn), der Einführung eines Professoriums (eines gemeinsamen Vortrags für alle AltstadtprofessorInnen [offenbar gibt es da Kommunikationsstörungen, d.SetzerIn ] ) sowie Beteuerungen, alle Vorschläge des Mittelbaus oder von Studierenden würden ernst genommen, tut sich jedoch nicht viel.

Stattdessen artikuliert sich eine bedenkliche Neigung, Kompetenzen nach oben zu verlagern und in wenigen Händen zu sammeln. Ob dies der Autonomie der Uni im Sinne von *Gemeinschaft* der Lehrenden und Lernenden förderlich ist?

Nach dem Motto "Demokratie ist ja schön

und gut, aber man muß ja auch mal entscheiden" zu verfahren und keine innere Belegung oder Reform zu versuchen, ist nicht zuletzt eine Frage des Wertes, den man Mitbestimmung und Demokratie beimißt.

Christiane & Kirsten



Wer war eigentlich für die Beschaffung des Tisches verantwortlich?

## Jobs

Wollt Ihr schneller zu Eurer Frühlingsrolle? Wollt Ihr allzeit offene Cafeten für Euren Kaffee? Wollt ihr, daß der C-Aufgang in der Zentralmensa für vegetarisches Essen geöffnet wird? Wollt Ihr schnell was verdienen? Der Job Eures Lebens, mit netten Bekanntschaften in toller Atmosphäre für gutes Geld. Was wollt ihr mehr! Nur das! Ab sofort beim Studiwerk.

Tobias

Das Studiwerk sucht Aushilfen für die Mensen, krampfhaft. Und da irgendwie alle etwas von mehr Personal haben, sucht sogar uniMUT mit.